

Die Bundesratswahlen von 1959

Autor(en): **Schmid-Ammann, Paul**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **84 (2006)**

Heft 4

PDF erstellt am: **29.06.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-341992>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Bundesratswahlen von 1959

Am 19. November haben die Bundesräte Philipp Etter und Hans Streuli aus Altersgründen ihren Rücktritt erklärt. Einen Tag später erfolgte die Bekanntgabe des Rücktrittes von Bundesrat Thomas Holenstein und am 24. November derjenige von Bundesrat Giuseppe Lepori. Herr Holenstein und Herr Lepori waren im Laufe des

Paul Schmid-Ammann

vergangenen Sommers ernstlich erkrankt und sahen sich auf den dringenden Rat ihrer Ärzte veranlasst, die Bürde ihres Amtes niederzulegen. Mit diesen vier Rücktritten – ein seltenes Ereignis in der Geschichte des schweizerischen Bundesstaates – stellte sich erneut die Frage der *sozialdemokratischen Beteiligung an der Landesregierung*. Grundsätzlich hatte die SPS auf diese Frage schon im Jahre 1929 eine positive Antwort erteilt, als sie anlässlich der Ersatzwahl für den zurückgetretenen Zürcher Bundesrat Robert Haab den damaligen Nationalrat und Stadtpräsidenten Emil Klöti als Bundesratskandidaten aufstellte. Bei späteren Gelegenheiten schlug sie den Neuenburger Henri Perret und den St. Galler Johannes Huber zu Bundesräten vor; der letztere wurde nochmals im Jahre 1940 als Kandidat portiert. Jedesmal aber scheiterten diese Versuche am Widerstand des vereinten Bürgerblockes, der in engstirniger Machtpolitik den Eintritt hervorragender Männer in die oberste Landesbehörde verweigerte, nur weil sie der Sozialdemokratischen Partei ange-

hörten. Erst im vierten Anlauf, im Jahre 1943, als sich eine innen- und aussenpolitische Krise abgezeichnet hatte (Politik Pilet-Golaz) gelang es, in der Person des Zürcher Stadtpräsidenten Ernst Nobs den ersten Sozialdemokraten in die Landesregierung zu bringen. Ihm folgte im Jahre 1951 als zweiter Sozialdemokrat Bundesrat Max Weber. Nach dessen überraschendem Rücktritt im Jahre 1953, den wir hier nicht mehr näher zu erörtern brauchen, beschloss die SPS nur noch *mit zwei Vertretern in den Bundesrat zurückzukehren*. Die Erfahrungen mit dem «Einmannsystem» in der Landesregierung ermunterten nicht zur Wiederholung dieses Experimentes. So gab denn die sozialdemokratische Fraktion der Bundesversammlung anlässlich der Bundesratsersatzwahlen vom Jahre 1954 in einem Brief an die bürgerlichen Fraktionen eine Erklärung ab, in welcher es u. a. hiess:

«Der Eintritt von zwei Sozialdemokraten in den Bundesrat würde dazu beitragen, eine den tatsächlichen politischen Kräfteverhältnissen in unserem Lande entsprechende Zusammensetzung der obersten Landesbehörde zu sichern. In allen politischen Parteien hat sich, auch wenn nicht offen darüber gesprochen wird, die Erkenntnis längst durchgesetzt, dass unsere Landespolitik von der Mitverantwortung aller massgebenden Parteien getragen werden sollte. Die Zusammensetzung des Bundesrates aus zwei Vertretern der Freisinnig-demo-

**Die Freisinnig-
demokratische
Partei widersetzte
sich mit politisch
nicht überzeu-
genden Gründen
einer sozialde-
mokratischen
Zweiervertretung
im Bundesrat.**

kratischen Partei der Schweiz, zwei Vertretern der Schweizerischen Konservativ-christlichsozialen Volkspartei, zwei Vertretern der Sozialdemokratischen Partei und einem Vertreter der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei der Schweiz würde allen diesen Anforderungen entsprechen.

Wir zweifeln nicht daran, dass Sie im Blick auf die Aufgaben, die sich gegenwärtig und zukünftig in der Eidgenossenschaft stellen und noch stellen werden, den Anspruch der stärksten Partei des Landes anerkennen. Die Erfüllung ihrer Forderung erleichtert es der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, ihre volle Mitverantwortung an der Gestaltung der Landespolitik und an der Lösung unserer gemeinsamen Aufgaben zu übernehmen.»

An dieser Sachlage hatte sich bis Ende 1959 nichts mehr geändert. Die Nationalratswahlen vom vergangenen Herbst ergaben keine ins Gewicht fallende Verschiebung der Parteistärken. Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz ist die grösste Landespartei geblieben. Dass sie die Stimme der Arbeiterschaft vertritt, kann ernstlich nicht bestritten werden, und dass diese Stimme auch mitberatend und mitentscheidend in der Landesregierung vernommen werden muss, wird nur noch vom Rechtsfreisinn und den Kreisen der Hochfinanz und Industrie bestritten. Die *Konservativ-christlichsoziale Volkspartei der Schweiz* hatte schon anlässlich der Wahl von Bundesrat Lepori im Jahre 1954 erklärt, dass sie auf die Dauer keine Dreiervertretung im Bundesrat begehre, und im Falle der Ausscheidung eines konservativen Bundesrates auf das dritte Mandat verzichten werde, sofern eine «besserberechtigte Gruppe» darauf Anspruch erhebe. Ebenso deutlich gaben die Konservativen aber zu verstehen, dass sie unter allen Umständen an der 1954 im Bundesrat erreichten *Parität mit den Freisinnigen* festhalten würden.

Mit anderen Worten hiess das, dass die Konservativen bei Gelegenheit gemäss der berühmt gewordenen *Formel 2:2:2:1* grundsätzlich nichts mehr gegen den Einzug von zwei Sozialdemokraten in die Landesregierung einzuwenden hätten.

Diese Gelegenheit ergab sich nun mit dem Rücktritt der vier Bundesrate Etter, Streuli, Holenstein und Lepori. Als erste Partei meldete die *Sozialdemokratische Partei der Schweiz* ihren grundsätzlichen Anspruch auf eine *Zweiervertretung* im Bundesrat an, und Geschäftsleitung und Parteivorstand empfahlen der Fraktion, als Kandidaten für den Zürcher Sitz Ständerat Dr. *Willy Spühler* und für das dritte von den Konservativen freigegebene Mandat Nationalrat *Walther Bringolf* in Vorschlag zu bringen. Über die sachliche Qualifikation beider Kandidaten brauchen wir hier kein weiteres Wort mehr zu verlieren.

Die *Konservativ-christlichsoziale Volkspartei der Schweiz* und ihre Fraktion, auf deren Haltung es entscheidend ankam, liess in ihren Beschlüssen erkennen, dass sie nach wie vor am Vertretungsverhältnis 2:2:2:1 festhalte; sie gab das auch dadurch kund, dass sie für ihre drei zurücktretenden Bundesratsmitglieder nur zwei Kandidaten als Nachfolger vorschlug, nämlich ihren Parteipräsidenten und Freiburger Ständerat *Dr. Jean Bourgnicht* und den Obwaldner Ständerat *Ludwig von Moos*, beides Männer aus den katholischen Stammlanden und dem rechten Flügel der Konservativen Partei zugehörend.

Die *Freisinnig-demokratische Partei der Schweiz* widersetzte sich mit politisch nicht überzeugenden Gründen einer sozialdemokratischen Zweiervertretung im Bundesrat. Allerhöchstens wäre sie bereit gewesen, den Sozialdemokraten einen einzigen Sitz zu überlassen; für den anderen Sitz suchte sie krampfhaft nach

einem sogenannten «überparteilichen» Kandidaten. Sie fand ihn in der Person des freisinnigen Aargauers Minister Hans Schaffner und wurde darin unterstützt durch die Kreise des Vorortes des Schweizerischen Handels- und Industrievereins, den Liberal-Konservativen, dem Landesring der Unabhängigen und der gesamten Rechtspresse. Bis zum letzten Augenblick versuchte die radikal-demokratische Fraktion der Bundesversammlung eine Wahlallianz für *Hans Schaffner* zustande zu bringen. Aber das freisinnige Sprengmanöver musste an der grundsätzlichen Entschlossenheit der Konservativen, die Bundesratsparität mit dem Freisinn nicht mehr aufzugeben, scheitern.

Die dritte Bundesratspartei, *die Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei*, war mehrheitlich und von ihrem rechtsorientierten Gewerbeflügel abgesehen, ebenfalls für eine Zweiervertretung der Sozialdemokraten im Bundesrat.

So schien die *grundsätzliche Seite* der Bundesratswahlen geklärt zu sein. Eine starke Unsicherheit wurde jedoch durch die *personelle Frage* ausgelöst. Die *Kandidatur Bringolf* stiess in der konservativen Fraktion auf überraschend starken Widerstand. Sie war einfach nicht genehm, aus Gründen, die einer ernsthaften Prüfung nicht standhalten konnten. Man warf Walther Bringolf seine kommunistischen Jugendsünden vor und erhob Einwendungen gegen sein Alter. Dass er sich aber in den langen Jahren der Nazi- und der Kriegszeit als mutiger und nie schwankender Kämpfer für die Demokratie, Freiheit und Menschlichkeit bewährt hat und heute trotz seinen 64 Jahren zu den initiativsten politischen Köpfen des Landes gehört, das konnte ihm selbst der böswilligste Gegner nicht bestreiten, so wenig dass er in hohem Masse die Qualifikation für die Aufgaben eines bundesrätlichen Amtes mitgebracht hätte. In Wirklichkeit war Walther Brin-

golf vielen nicht genehm, weil er ihnen zu profiliert und in seinem ganzen aktiven, dynamischen Wesen zu unbequem als Bundesrat erschien.

In zahlreichen interfraktionellen Besprechungen wurde der sozialdemokratischen Fraktion nahegelegt, die Kandidatur Bringolf auszuwechseln. Darauf konnte die Fraktion sich nicht einlassen. Sie hatte zwei Kandidaten in Vorschlag gebracht, die an Fähigkeiten in jeder Hinsicht den Vergleich mit den bürgerlichen Kandidaten bestanden. So liess sie nach ihrer letzten Sitzung vor dem Wahltag die übrigen Fraktionen wissen, dass sie an ihren Vorschlägen festhalte, wohlwissend, dass damit vor allem für die angefochtene Kandidatur Bringolf ein beträchtliches Risiko eingegangen würde. Bundesratswahlen erfolgen in geheimer Abstimmung, und keine Fraktion hat es in der Hand, ihre offiziellen Kandidaten allein durchzubringen, weil sie auf die Unterstützung der anderen Fraktionen angewiesen ist. Überraschungen sind in solchen Wahlen stets möglich und in der Bundesratsgeschichte auch schon wiederholt eingetreten. Das musste sich zweifellos auch Nationalrat Bringolf sagen, der in diesen spannungsgeladenen Tagen ein ungewöhnliches Mass an Nervenbelastung auszuhalten hatte. Was befürchtet werden musste, trat denn auch ein. Die überlegene Taktik der konservativen Fraktion führte dazu, dass die letzte der vier Neuwahlen den durch den Rücktritt von Lepori freigewordenen Sitz betraf, für den die Sozialdemokraten die Kandidatur Bringolf vorschlugen. Das gab den Konservativen trotz ihrem Festhalten an der Formel 2:2:2:1 die Möglichkeit zur freien Entscheidung in der Kandidatenfrage im letzten Wahlgang; denn sie hatten inzwischen ihre eigenen zwei Kandidaten unter Dach gebracht, wobei sie überraschend, aber taktisch sehr klug die auch in ihren Reihen etwas umstrittene Nomination des Freiburger Ständerates Dr. Bourgknecht an erster

**In Wirklichkeit war
Walther Bringolf
vielen nicht ge-
nehm, weil er
ihnen zu profiliert
und in seinem
ganzen aktiven,
dynamischen
Wesen zu unbe-
quem als Bundes-
rat war.**

**Zum zweiten
wurde die
Vorherrschaft
des Freisinns im
Bund endgültig
gebrochen.**

Stelle zur Ersatzwahl für Bundesrat Etter vorschlugen und sie damit sicher durchs Ziel brachten. Bei der vierten Neuwahl konnten sie deshalb, ohne ihre Position mehr zu gefährden, das Gewicht ihrer Stimmen zugunsten des Basler Sozialdemokraten Ständerat Tschudi in die Waagschale werfen. Schon im ersten Wahlgang überflügelte denn auch Tschudi mit 73 Stimmen die offizielle Kandidatur Bringolf, auf die 66 Stimmen entfielen. An der Spitze aber dieses ersten Wahlganges stand die inoffizielle freisinnig-liberal-konservative Kandidatur Schaffner mit 84 Stimmen. Sofort wurde deutlich, dass die Kandidatur Bringolf keine Aussicht besass durchzudringen, obschon Ständerat Tschudi loyal die Bundesversammlung ersuchte, die auf ihn entfallenen Stimmen im zweiten Wahlgang der offiziellen Kandidatur der sozialdemokratischen Fraktion abzugeben. Die beträchtliche Stimmenzahl für Schaffner mochte einen Teil der sozialdemokratischen Fraktion schockiert und sie veranlasst haben, bereits im zweiten Wahlgang für Tschudi zu stimmen, so dass dieser mit 107 Stimmen führte, Schaffner nochmals auf 91 Stimmen aufholte und Bringolf auf 34 Stimmen zurückfiel. In dieser Situation *gab Walther Bringolf seine Verzichtserklärung ab*, um die Wahl eines zweiten Sozialdemokraten in den Bundesrat zu ermöglichen. Es war ein Entschluss von Achtung gebietender Selbstbeherrschung und männlicher Grösse, für den ihm die Partei Dank schuldet. Er hatte damit den Weg freigelegt für die im dritten Wahlgang mit 129 Stimmen erfolgte *Wahl Ständerat Tschudis zum Bundesrat*. Die Kandidatur Schaffner musste sich mit einem Achtungserfolg von 97 Stimmen begnügen.

So bedauerlich für die Partei und so schmerzlich für Walther Bringolf dieser persönliche Misserfolg war, so darf und muss gesagt werden, dass mit Willy Spühler und Hans Peter Tschudi nicht nur

zwei sachlich ausgezeichnet qualifizierte Persönlichkeiten, sondern auch zwei überzeugte Sozialdemokraten gewählt worden sind. Sie werden, dessen sind wir gewiss, auch in ihrem neuen Amte den Ideen und Zielen des demokratischen Sozialismus verpflichtet bleiben. Über das Persönliche hinaus aber darf man nicht das *Grundsätzliche* aus den Augen lassen, *den hochbedeutsamen politischen Wendepunkt*, der am 17. Dezember in der Geschichte unseres Bundesstaates eingetreten ist, und was sich in *zwei Ereignissen* manifestiert: Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz als Vertreterin der schweizerischen Arbeiterschaft hat nun die seit Jahren angestrebte *gerechte Vertretung in der obersten Landesbehörde* erhalten. Sie nimmt als gleichberechtigter Partner an der Führung der Landesgeschichte teil. Und zum zweiten wurde die *Vorherrschaft des Freisinns im Bund endgültig gebrochen* und erlitten der Freisinn und mit ihm zusammen die Liberal-konservativen, das gesamte konservativ-protestantische Rechtsbürgertum, der Vorort des Handels- und Industrievereins und die von ihm ausgehaltene Presse, im trauten Verein mit dem Landesring der Unabhängigen, mit ihrer Kandidatur Schaffner eine *schwere Niederlage*, die um so kräftiger ins Gewicht fällt, als nach den Nationalratswahlen des vergangenen Herbstes dieses Rechtsbürgertum über die zwei Mandatverluste der SPS höhnisch triumphierte, den Niedergang der schweizerischen Sozialdemokratie ankündete und im Gehaben eines unerträglichen politischen Hochmutes entschlossen war, den Sozialdemokraten überhaupt den Weg in den Bundesrat zu versperren.

Das ist gründlich vorbeigelungen, und man muss nur die belemmerten Kommentare der «Neuen Zürcher Zeitung» und der liberal-konservativen «Basler Nachrichten» gelesen haben mit ihren Vorwürfen, die sie über ihre bisherigen Partner, die Konservativ-christlichsoziale

Volkspartei, ausschütteten, um zu erkennen, wie tief dieses konservativ-protestantische Rechtsbürgertum und mit ihm die Kreise der Hochfinanz und der Grossindustrie in ihrem Selbstbewusstsein und in ihrer Selbstherrlichkeit getroffen worden sind. Tatsächlich ist am 17. Dezember 1959 in der eidgenössischen Politik eine *bedeutsame Zäsur* erfolgt. Nicht eine «magische Zauberformel», die manche freisinnigen Politiker und Presseleute wie ein Nachtgespenst erschreckte, hat die Mehrheit der Bundesversammlung betört, sondern gesiegt hat der Gedanke

der gerechten *Vertretung* der grössten Landespartei im Bundesrat, der Gedanke der gemeinsamen Mitverantwortung aller grossen Gruppen unseres Volkes an der Führung des Bundesstaates. *Gleichberechtigt* steht heute die SPS in der Eidgenossenschaft neben den andern Parteien und spricht bei der Lösung der kommenden Aufgaben und bei der Organisation der inneren Verwaltung ihr gewichtiges Wort mit. Das darf sie mit Zuversicht und Hoffnung erfüllen.

Jg. 38 (1959), Nr. 12, S. 345–350

Rote Revue

Sozialistische Monatschrift

1. Heft 1924 4. Jahrg.

SEPTEMBER

Die Spitze der Demokratie . . . Dr. S. Kramer
 Zur Militärfrage (II) . . . E. Grant
 Wandlungen der Internationale . . . Karl Rautsch
 Spengler und Marx . . . A. Fanthausen
 Industrie-Magnaten als Schrittmacher des Sozialismus | Dr. A. Brodtbeck

Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
 Schriftleiter: Ernst Nobs und Friedrich Heeb, Zürich
 Druck und Verlag: Genossenschaftsdruckerei Zürich
 JAHRESABONNEMENT FR. 12.— / EINZELHEFT FR. 1.—

ROTE REVUE

SOZIALISTISCHE MONATSSCHRIFT

ZÜRICH 1928

Nr. 1

8. JAHRGANG

SEPTEMBER

Zum Parteitag . . . Ernst Reinhard
 Die sozialistische Frauenbewegung in der Schweiz | Dr. Elisabeth Tobler
 Ein Buch über schweizerische Politik . . . Ernst Nobs
 Sozialdemokratie und Genossenschaftswesen . . . Friedrich Schneider
 Moskauer Kongresse . . . Oswald Zienau
 Rationalisierung im Sozialismus . . . Dr. Hans Otto
 Die Tarifverträge im Deutschen Reiche . . . Anton Proksch

HERAUSGEBER: Sozialdemokratische Partei der Schweiz - SCHRIFTFLEITER: Ernst Nobs und Fr. Heeb
 DRUCK UND VERLAG: Genossenschaftsdruckerei Zürich - Jahresabonnement Fr. 12.—, Einzelheft Fr. 1.—

ROTE REVUE

SOZIALISTISCHE MONATSSCHRIFT
 32. JAHRGANG HEFT 1/2
 ZÜRICH JANUAR/FEBRUAR 1953

WALTHER BRINGOLF

Zum Geleit

EDUARD ZELLWEGER

Die Europäische Gemeinschaft für
 Kohle und Stahl (Montanunion)

PAUL SCHMID-AMMANN

Die schweizerische Neutralität

Profil

Dr. Richard Lienhard
 Über die Tagespolitik hinaus
 Richard Schwertfeger
 Der Schweizer Export
 zwischen Stuhl und Bänken
 Fritz Hirzel
 Television - Grosser Bruder oder
 nivellierter Flimmerkasten
 Georg Scheuer
 Frankreich 1967
 Heinz Roschewski
 Abbau alter Hypotheken
 Michael J. Dym
 Der Mensch im Schatten des Wohlstandes
 Otto Schmidt
 Profile der Weltpolitik
 Literatur
 Blick in die Zeitschriften
 Louis Fürnberg
 Wende

1/67

Sozialdemokratische Zeitschrift für
 Politik, Wirtschaft und Kultur

Profil

Richard Lienhard
Realistischer Sozialismus

Peter Vollmer
Konkordanz, Koalition und Opposition

Eugen Weber
Gedenkblatt für Jakob Bühler

Werner Mauderli
Zur Problematik der heuligen Entwicklungshilfe

Pro und Kontra
Intellektuellenbeschimpfung (Heinz Vontobel)
Gehört das Forum Jugend und Armee (FJA)
zur Arbeiterbewegung? (B. S.)

Kunst — Kultur — Kritik
Jonathan Steinberg «Viel mehr als Kuckucks-
uhren» (J. W. Brügel)

Literatur
Blick in die Zeitschriften
Jakob Bühler
Der Sinn der Schöpfung

76

Sozialdemokratische Zeitschrift für
Politik, Wirtschaft und Kultur

Nr. 11/1980

Sozialdemokratische
Zeitschrift für Politik
Wirtschaft und Kultur

Profil Rote Revue

<i>Johano Strasser</i>	Die 80er Jahre: Orwells Jahrhundert
<i>Helmut Hubacher</i>	Zum neuen Start
<i>Toya Maissen</i>	Radikaler werden?
<i>Peter Graf</i>	Für die Mitglieder
<i>Ernesto Cardenal</i>	Ein Gedicht – Ein Portrait
<i>Hans Schmid</i>	Bundesfinanzen 2. Teil
<i>Rudolf Winkler</i>	Zürcher Krawalle – wie weiter?

Sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur

Nr. 9/10 1989

Rote Revue

**Gret Haller,
Regierungsbeteiligung**

**Tobias Bauer,
Schuldenkrise**

**Rolf Zimmermann,
Wer stinkt soll zahlen**

Sozialdemokratische Zeitschrift
für Politik, Wirtschaft und Kultur

Nr. 1/1993
71. Jahrgang

Rote Revue

- Männer-
ökonomie und
Weberwirtschaft
- Ist John
Maynard unser
Steuermann?
- Neoliberale im
Abwärtstrend
- Mit GME und
Gorz gegen
Arbeitslosigkeit

